

Stand: 29.01.2026 01:43:59

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6692

"100 Jahre Meisterprüfungsordnung für Hauswirtschaft - Bericht und Informationskampagne zur Stärkung der Wertschätzung des hauswirtschaftlichen Berufsstandes in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6692 vom 14.05.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/8277 des LA vom 07.10.2025
3. Beschluss des Plenums 19/8481 vom 16.10.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 60 vom 16.10.2025



Antrag

der Abgeordneten **Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

100 Jahre Meisterprüfungsordnung für Hauswirtschaft – Bericht und Informationskampagne zur Stärkung der Wertschätzung des hauswirtschaftlichen Berufsstandes in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Innerhalb der vergangenen 100 Jahre hat sich das Bild der Hauswirtschafterinnen und Hauswirtschafter stark verändert, der Berufsstand ist mit zahlreichen neuen Herausforderungen konfrontiert.

Um sich über den Wandel dieses Handwerksberufes ein umfassendes Bild zu machen, wird die Staatsregierung aufgefordert, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus bzw. dem Landtag in mündlicher bzw. schriftlicher Form zu folgenden Aspekten zu berichten:

- über die Entwicklung des hauswirtschaftlichen Berufsstandes in Bayern seit Einführung der Meisterprüfungsordnung im Jahr 1925,
- über aktuelle Zahlen zu Auszubildenden, Absolventinnen und Absolventen sowie Meisterinnen und Meistern in der Hauswirtschaft in Bayern,
- über die derzeitigen Beschäftigungsbereiche hauswirtschaftlicher Fachkräfte – insbesondere in sozialen Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Kliniken, Senioreneinrichtungen und in Privathaushalten,
- über bestehende Förderprogramme, Informationsmaßnahmen und Imagekampagnen für das Berufsfeld,
- über den Beitrag der Hauswirtschaft zur ländlichen Entwicklung, Daseinsvorsorge, Gesundheitsförderung und Nachhaltigkeit,
- über mögliche zukünftige Maßnahmen zur Fachkräftesicherung und Weiterentwicklung dieses Berufsfeldes – auch im Hinblick auf den demografischen Wandel und die fortschreitende Digitalisierung,
- über Möglichkeiten, Menschen mit Migrationshintergrund bzw. Zuwanderer für diesen Beruf zu qualifizieren, um ihnen so eine Perspektive auf dem hiesigen Arbeitsmarkt zu geben bzw. Personallücken zu schließen.

Zusätzlich wird die Staatsregierung aufgefordert, anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Meisterprüfungsordnung für Hauswirtschaft im Jahr 2025 gemeinsam mit den Fachverbänden – insbesondere dem Bayerischen Hauswirtschaftsrat, dem Verband der Landwirtschaftsschulen, dem Deutschen Hauswirtschaftsrat, dem BBV Bildungswerk und weiteren relevanten Akteuren – eine landesweite Informations- und Werbekampagne zu initiieren, mit dem Ziel:

- die gesellschaftliche Bedeutung hauswirtschaftlicher Berufe sichtbar zu machen,
- das hohe Qualifikationsniveau durch Meister- und Fortbildungsabschlüsse hervorzuheben,
- Schülerinnen und Schüler gezielt über Ausbildung und Karrierewege zu informieren, z. B. durch Kooperationen mit Schulen und Berufsorientierungsangeboten,
- gezielt auch Menschen mit Migrationshintergrund bzw. Zuwanderer über mögliche Qualifikationen für diesen Beruf zu informieren,
- die öffentliche Wahrnehmung der Hauswirtschaft als modernen, systemrelevanten und vielfältigen Beruf zu verbessern.

Diese Kampagne soll insbesondere digitale Medien, Social Media, Berufsorientierungsmessen und öffentliche Veranstaltungen nutzen und kann zum Beispiel unter dem Motto „Hauswirtschaft: Beruf mit Zukunft – seit 100 Jahren“ stehen.

Begründung:

Die Einführung der Meisterprüfungsordnung im Jahr 1925 war ein Meilenstein für die berufliche Anerkennung und Qualifizierung hauswirtschaftlicher Tätigkeiten. Seither haben sich Aufgabenbereiche, Anforderungen und Beschäftigungsfelder stark weiterentwickelt – doch die gesellschaftliche Wahrnehmung bleibt häufig hinter der tatsächlichen Bedeutung zurück.

Hauswirtschaftliche Fachkräfte leisten tagtäglich einen unverzichtbaren Beitrag für unser Gemeinwohl. Sie gestalten Lebensqualität – sei es in sozialen Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Kliniken, Senioreneinrichtungen, in der Gemeinschaftsverpflegung oder in Privathaushalten. Sie tragen entscheidend zur Alltagsorganisation, Gesundheitsförderung, Nachhaltigkeit und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei.

Trotz dieser wichtigen gesellschaftlichen Funktionen ist ein rückläufiger Trend bei den Ausbildungszahlen zu beobachten:

Im Jahr 2023 begannen in Bayern nur 19 Personen eine Ausbildung zur Hauswirtschafterin oder zum Hauswirtschafter – das ist ein deutlicher Rückgang gegenüber 31 Berufsanfängerinnen und -anfängern im Jahr 2022. Insgesamt befanden sich Ende 2023 lediglich 31 Personen in der Ausbildung. Zum Vergleich: Bayernweit gab es 2022 insgesamt über 215 000 Auszubildende – davon stellt die Hauswirtschaft also nur einen sehr kleinen Anteil.

Auch wenn im Jahr 2023 noch 265 Personen ihre Abschlussprüfung ablegten (davon 260 erfolgreich) und 2024 immerhin 38 Meisterbriefe verliehen wurden, ist der Fachkräftemangel in diesem Bereich absehbar und alarmierend. Es braucht dringend mehr junge Menschen, die sich für diesen Beruf entscheiden – doch dafür muss das Bild der Hauswirtschaft in der Öffentlichkeit modernisiert und aufgewertet werden.

Gerade das 100-jährige Jubiläum der Meisterprüfungsordnung in diesem Jahr bietet eine hervorragende Gelegenheit, die Leistungen und Möglichkeiten in diesem Berufsfeld sichtbar zu machen. Eine zielgerichtete Informations- und Werbekampagne ist daher nicht nur ein Beitrag zur Wertschätzung, sondern auch eine notwendige Maßnahme zur Fachkräftesicherung – insbesondere im ländlichen Raum, wo der Bedarf an qualifizierter hauswirtschaftlicher Unterstützung besonders hoch ist.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

**Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a.
SPD
Drs. 19/6692**

**100 Jahre Meisterprüfungsordnung für Hauswirtschaft - Bericht und Informati-
onskampagne zur Stärkung der Wertschätzung des hauswirtschaftlichen Be-
rufsstandes in Bayern**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. In Absatz 2 wird die Angabe „im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus bzw.“ und die Angabe „mündlicher bzw.“ gestrichen.
2. Der Spiegelstrich 1 erhält folgende Fassung:
„- über die Entwicklung und Möglichkeiten des Verdiensts der Hauswirtschaft,“

Berichterstatterin:
Mitberichterstatter:

Ruth Müller
Nikolaus Kraus

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 28. Sitzung am 16. Juli 2025 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 75. Sitzung am 7. Oktober 2025 mitberaten und einstimmig der Beschluss-empfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:
 1. Die Angabe ab „Zusätzlich wird die Staatsregierung ... seit 100 Jahren“ stehen.“ wird gestrichen.

2. Es wird ein neuer Spiegelstrich eingefügt und erhält folgende Fassung:
„- über die Möglichkeiten anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Meisterprüfungsordnung für Hauswirtschaft im Jahr 2025 gemeinsam mit den Fachverbänden – insbesondere dem Bayerischen Hauswirtschaftsrat, dem Verband der Landwirtschaftsschulen, dem Deutschen Hauswirtschaftsrat, dem BBV Bildungswerk und weiteren relevanten Akteuren – eine landesweite Informations- und Werbekampagne zu initiieren, zu berichten.“

Petra Högl
Stellvertretende Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD

Drs. 19/6692, 19/8277

100 Jahre Meisterprüfungsordnung für Hauswirtschaft – Bericht und Informationskampagne zur Stärkung der Wertschätzung des hauswirtschaftlichen Berufsstandes in Bayern

Der Landtag stellt fest:

Innerhalb der vergangenen 100 Jahre hat sich das Bild der Hauswirtschafterinnen und Hauswirtschafter stark verändert, der Berufsstand ist mit zahlreichen neuen Herausforderungen konfrontiert.

Um sich über den Wandel dieses Handwerksberufes ein umfassendes Bild zu machen, wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag in schriftlicher Form zu folgenden Aspekten zu berichten:

- über die Entwicklung des hauswirtschaftlichen Berufsstandes in Bayern seit Einführung der Meisterprüfungsordnung im Jahr 1925,
- über aktuelle Zahlen zu Auszubildenden, Absolventinnen und Absolventen sowie Meisterinnen und Meistern in der Hauswirtschaft in Bayern,
- über die derzeitigen Beschäftigungsbereiche hauswirtschaftlicher Fachkräfte – insbesondere in sozialen Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Kliniken, Senioreneinrichtungen und in Privathaushalten,
- über bestehende Förderprogramme, Informationsmaßnahmen und Imagekampagnen für das Berufsfeld,
- über den Beitrag der Hauswirtschaft zur ländlichen Entwicklung, Daseinsvorsorge, Gesundheitsförderung und Nachhaltigkeit,
- über mögliche zukünftige Maßnahmen zur Fachkräftesicherung und Weiterentwicklung dieses Berufsfeldes – auch im Hinblick auf den demografischen Wandel und die fortschreitende Digitalisierung,
- über Möglichkeiten, Menschen mit Migrationshintergrund bzw. Zuwanderer für diesen Beruf zu qualifizieren, um ihnen so eine Perspektive auf dem hiesigen Arbeitsmarkt zu geben bzw. Personallücken zu schließen,

- über die Möglichkeiten anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Meisterprüfungsordnung für Hauswirtschaft im Jahr 2025 gemeinsam mit den Fachverbänden – insbesondere dem Bayerischen Hauswirtschaftsrat, dem Verband der Landwirtschaftsschulen, dem Deutschen Hauswirtschaftsrat, dem BBV Bildungswerk und weiteren relevanten Akteuren eine landesweite Informations- und Werbekampagne zu initiieren, zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden
Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und
Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. Juli 2025
(Vf. 10-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. der Verordnung über das Verbot der Prostitution in der in der
Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 2011-2-6-I) veröffentlichten
bereinigten Fassung, die zuletzt durch § 1 Nr. 2 der Verordnung vom
28. November 2012 (GVBl. S.656) geändert worden ist,
2. der Rechtsverordnung der Regierung von Oberbayern über das Verbot
der Prostitution zum Schutze des öffentlichen Anstandes und der Jugend in
München vom 4. Dezember 2003 (RABl OB S. 198), die zuletzt
durch Verordnung vom 27. September 2017 (RABl OB S. 137)
geändert worden ist
PII-3001-2-32
Drs. 19/8397 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren
II. Die Klage ist unzulässig und unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete
Dr. Alexander Dietrich bestimmt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 18. August 2025 (Vf. 11-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 2 Abs. 3 der Satzung über die Benützung der öffentlichen Grünanlagen in Kempten (Allgäu) (Grünanlagensatzung) vom 11. Juli 2024 (StABl KE XX/24)
PII-3001-2-35
Drs. 19/8394 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. August 2025 (Vf. 12-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Nr. 6.2.2 – Windenergie – (Z) Satz 2 der Anlage (zu § 1) der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) vom 22. August 2013 (GVBl. S. 550, BayRS 230-1-5-W), die zuletzt durch Verordnung vom 16. Mai 2023 (GVBl. S. 213) geändert worden ist
PII-3001-2-36
Drs. 19/8393 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestimmt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 1. September 2025
(Vf. 13-VIII-25) betreffend Meinungsverschiedenheit
zwischen der Antragstellerin
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag
und den Antragsgegnern
1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
2. Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag
3. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag
4. BayernSPD-Landtagsfraktion
vom 26. August 2025 über die Frage, ob Art. 4 a Abs. 1 Sätze 1 bis 3, 5 und 7
sowie Abs. 3 des Bayerischen Abgeordnetengesetzes (BayAbgG) in der
Fassung der Bekanntmachung vom 6. März 1996
(GVBI. S. 82, BayRS 1100-1-1), das zuletzt durch die §§ 1 und 2
des Gesetzes vom 14. Mai 2024 (GVBI S. 78) geändert worden ist,
die Bayerische Verfassung verletzen
PII-3001-4-3
Drs. 19/8392 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete
Dr. Alexander Dietrich bestimmt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



Europaangelegenheiten

5. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
ProtectEU – eine Europäische Strategie für die Innere Sicherheit
COM(2035) 148 final
BR-Drs. 188/25
Drs. 19/6922, 19/8287 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen mit der auf Drs. 19/8287 veröffentlichten Maßgabe.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag sowie an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments für Bayern übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

6. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktionsplan für die europäische Automobilindustrie
COM(2025) 95 final
BR-Drs. 129/25
Drs. 19/7600, 19/8452

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

7. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Europäische Wasserresilienzstrategie
(COM)2025 280 final
BR-Drs. 261/25
Drs. 19/7601, 19/8437

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt die auf Drs. 19/8437 veröffentlichten Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag sowie an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments für Bayern übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ohne	A	<input type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

8. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Ein dynamischer EU-Haushalt für die Prioritäten der Zukunft – der Mehrjährige Finanzrahmen 2028 - 2034
COM(2025) 570 final
BR-Drs. 333/25
Drs. 19/8281, 19/8456

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im nichtlegislatischen Verfahren die auf Drs. 19/8456 veröffentlichte Stellungnahme ab.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ohne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

9. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Justiz und Grundrechte
EU Civil Society Strategy
13.06.2025 - 05.09.2025
Drs. 19/7602, 19/8454

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/8454 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD

ohne

A

A

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

10. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Klimaschutz, Verkehr
Konsultation zur Überarbeitung der EU-Regeln für die PKW-Kennzeichnung und zur Überarbeitung der CO2-Standards für PKW und leichte Nutzfahrzeuge
07.07.2025 - 29.09.2025
Drs. 19/7603, 19/8453

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 19/8453 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD

ohne

ENTH

A

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

Anträge

11. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verwendung von Standardeinheitskosten bei Investitionsprogrammen im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus
Drs. 19/6493, 19/8276 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

12. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
100 Jahre Meisterprüfungsordnung für Hauswirtschaft – Bericht und Informationskampagne zur Stärkung der Wertschätzung des hauswirtschaftlichen Berufsstandes in Bayern
Drs. 19/6692, 19/8277 (E)

Nach § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

13. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Wasser als kostbares Gut besser schützen – Bericht über die Einrichtung von Gewässerrandstreifen in Bayern
Drs. 19/6814, 19/8278 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
GAP-Zahlungen ausschließlich für aktive Landwirte – nicht für öffentliche Einrichtungen oder Gewerbebetriebe
Drs. 19/7185, 19/8279 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Kerstin Schreyer, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU Länder an Einnahmen aus CO₂-Emissionszertifikaten beteiligen
Drs. 19/7278, 19/8256 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sachverständigenanhörung über IT-Sicherheit in bayerischen Unternehmen
Drs. 19/7357, 19/8259 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kulturelle Teilhabe stärken –
KulturPass für Jugendliche verlängern und ausbauen
Drs. 19/7361, 19/8283 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Ablehnung und Neubewertung der Projekte SuedLink und SuedOstLink – Für eine bürger- und landschaftsverträgliche Energieversorgung in Bayern
Drs. 19/7379, 19/8260 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A				

19. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Holger Dremel, Dr. Gerhard Hopp, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Sicherheit durch Information: Für eine Informationsbroschüre als ersten Schritt zur gesamtgesellschaftlichen Resilienz
Drs. 19/7426, 19/8255 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD)
Konzertsaal München: Stand der Dinge
Drs. 19/7439, 19/8261 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

21. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Medizinernachwuchs sichern, Medizinstipendien auch für Medizinstudierende im EU-Ausland
Drs. 19/7440, 19/8257 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Alexander Flierl, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Energieeffizienzgesetz grundlegend reformieren
Drs. 19/7460, 19/8262 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umfassende Pflegereform durch starke Beteiligung entscheidender Akteurinnen und Akteure sicherstellen!
Drs. 19/7464, 19/8258 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Harry Scheuenstuhl, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD) Badespaß statt Gesundheitsgefahr – Blaualgenmassenvorkommen in Altmühlsee und weiteren betroffenen bayerischen Gewässern wirksam verhindern
Drs. 19/7509, 19/8280 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.